

Wirtschaftsforum der SPD
Arbeitssitzung: (Öffentliche) Daten als Teil der
Daseinsvorsorge?

Berlin, 10. April 2019

Dr. Matthias Dümpelmann (8KU): Impuls
(Es gilt das gesprochene Wort)

Anrede,

vielen Dank, dass ich Ihnen ein paar Diskussionsanregungen zum Thema Daten und Daseinsvorsorge geben darf. Daseinsvorsorge wird ja von manchen als ziemlich verstaubt angesehen. Von mir nicht. Und von Ihnen wahrscheinlich auch nicht. Aber da, wo Daseinsvorsorge groß geschrieben wird und soziale Infrastruktur verfügbar ist, da ist die Welt vielleicht nicht in Ordnung. Aber Populismus und Hatespeech gedeihen da viel weniger. Ich komme zum Schluss darauf zurück.

Daten sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Deswegen leben wir in Zeit eines erstaunlichen Goldrausches. Beispiel - ein deutsches Tech-Unternehmen: 1,5 Mrd. Umsatz, 260 Mio. Überschuss, 13,5 Mrd. Marktkapitalisierung. Zum Vergleich ein großes Energieunternehmen: 38 Mrd. Umsatz, 1,4 Mrd.

Überschuss, 22 Mrd. Marktkapitalisierung. Ein Multiple von 15 auf den Umsatz beim zweiten, beim ersten von 54.

Erstens: Geld wird mit Daten gemacht.

Erst der PC, dann das Smartphone, jetzt IoT, Daten von allen technischen Dingen. Möglichst nahe am Menschen. Verhalten wird monetarisiert. Google-Mutter Alphabet erzielte einen Umsatz von 136 Mrd. US\$, Facebook von 56, all das zu 90% und mehr basierend auf der Analyse von übrigens persönlichen Daten.

Zweitens: Die Zukunft der Energiewirtschaft ist digital

Klar, wie sollte es anders sein. Früher, vor 15 Jahren, prägten 200 große Erzeugungsanlagen und 200 große Verbraucher die Energiewirtschaft in Deutschland. Jetzt sind es über 1,6 Mio. Erzeuger, immer volatilere Verbraucher, Leute mit Elektroautos, eigener PV und Prosumerphantasie. Die Balance von Angebot und Nachfrage bekommt man nur noch digital hin. Und das geht weit über das Messstellenbetriebsgesetz und das Smart Metering hinaus. Und es ist schon weiter gediehen als man denkt.

Denn zum einen werden sich die Silogrenzen zwischen Strom, Wärme und Verkehr immer weiter

einebnen. Man kann das auch barrierefreie Sektor-
kopplung nennen.

Und zum anderen wird auch der kommunale Service
immer digitaler – allen Unkenrufen zum Trotz. Die Ver-
schneidung von Heizung, Lüftung, Stromversorgung
und dem gesamten heimischen Anwesenheitsma-
nagement ist ebenso wenig Zukunftsmusik wie inter-
modaler Verkehr, also die Kombination von klassi-
schem ÖPNV mit Car-Sharing, Parkplatzhinweisen
und ähnlichem.

All das generiert eine Unmenge von Daten. Dienst-
leistungssysteme werden mit dem Verhalten von
Menschen koordiniert, Zusammenwirken in der Öff-
fentlichkeit ermöglicht. Und dieses Verhalten von
Menschen ist Gold wert. Am besten, man lässt es sich
frei Haus liefern. Klar - unter Schutz personenbezoge-
ner Daten und kritischer Infrastruktur. Open-Data ist
der Sesam-öffne-Dich.

Drittens: Simalabim.

Das Open-Data-Prinzip wurde in Reinform in
Deutschland vor einigen Jahren von der Piratenpar-
tei vertreten. Es ging um den „zensur-, diskriminie-
rungs- und kostenfreien Zugang zu Informationen
und anderen gesellschaftlichen Ressourcen“ -

übrigens inkl. eines bedingungslosen Grundeinkommens.

Dahinter steckte das Motiv freien Wissens. Mit dessen Rhetorik wird das Open-Data-Prinzip auch heute immer noch beschworen. Alles soll öffentlich zugänglich sein, das Öffentliche zuallererst.

Der G8-Gipfel 2013 in Lough Erne adressierte dann aber "Open Data by Default, meant in the widest sense possible". Die dort verabschiedete Open-Data-Charter startete bei Verwaltungsdaten und meinte längst nicht mehr Nerds und Hipster in der Hängematte, sondern beinharte und ziemlich unromantische Industriepolitik. Die EU will eine Digitalwirtschaft von Rang.

Open-Data bedeutet eine Selbst-Verpflichtung aller öffentlichen Stellen und Einrichtungen zur möglichst preisgünstigen Öffnung aller Daten an die Öffentlichkeit, um damit dem privaten Sektor den Aufbau digitaler Geschäftsmodelle zu ermöglichen.

Nicht mehr nur die Administration wird vereinfacht, nicht mehr nur Open Government-Data ist gemeint, sondern sukzessive der gesamte öffentliche Sektor.

Das hat Eingang gefunden in die 2015er PSI-Directive (Public-Sector-Information) und das darauf fußende deutsche Informationsweiterverwendungsgesetz (IWG).

Das wollte „die Entscheidung, ob Informationen des öffentlichen Sektors zur Weiterverwendung zur Verfügung gestellt werden, nicht mehr den öffentlichen Stellen selbst überlassen“, wie sich Brigitte Zypries als PStS anlässlich der Vorlage des Gesetzentwurfs äußerte. Zwar war das dann im IWG noch relativiert worden. Dennoch war der Weg zu einer neuen PSI-Directive bereits vorgezeichnet.

Die Kommission stellte 2017 fest: „Data generated by the utilities and transport sectors has tremendous reuse potential. Yet, entities active in these sectors are not covered by the PSI Directive.“

Öffentliche Daten sollen wirtschaftlichem Nutzen dienen. Dieser ist immens, und man braucht nicht viel Phantasie, um zu erkennen, dass dieser Nutzen privaten Unternehmen zugedacht ist:

“The total direct economic value of PSI is expected to increase from a baseline of EUR 52 billion in 2018 for the EU28, to EUR 194 billion in 2030.“

Diese Einschätzung der EU-Kommission steht übrigens in einem erstaunlichen Spannungsverhältnis zu der im IWG definierten Vergütungsregelung für die Datenweitergabe. Die Datenvergütung soll „die Kosten ihrer Erfassung, Erstellung, Reproduktion und Verbreitung zuzüglich einer angemessenen Gewinnspanne nicht übersteigen.“

Viertens: Nix genaues weiß man nicht: Die PSI-Novelle

Am 22. Januar 2019 wurde im Trilog nun eine Einigung über den Inhalt der neuen PSI-Directive erzielt. In Deutschland und Österreich wurde der Entwurf intensiv diskutiert, durchaus entschärft aber auch verunklart:

Denn:

- Einerseits sind öffentliche Unternehmen nun im Anwendungsbereich.
- Andererseits sind öffentliche Unternehmen im Wettbewerb ausgenommen.
- Allerdings gilt diese Ausnahme nur im Hinblick auf die Richtlinie über öffentliches Auftragswesen und einen Durchführungsbeschluss, der Teile des Strom- und Gashandels als wettbewerblich definiert.
- Ferner ist zwar in der EU-Regel eine Weitergabebeschränkung verankert, die dann allerdings in Deutschland aufgrund des Informationsfreiheitsgesetzes wohl nicht wirklich hilft.
- Klare Regeln dürften sich bei der nationalen Umsetzung dann konkret erst ergeben und zwar auf der Basis des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen – als ultima ratio.

- Und damit man sich nicht zu früh über den Schutz von Geschäftsgeheimnissen freut, gibt es – ausgerechnet unter § 13 – noch Regelungen über hochwertige Datensätze – und das sind: Geodaten, Umweltdaten, Statistikdaten, Verkehrs- und Bewegungsdaten – also alles, was in einer öffentlichen Infrastruktur so anfällt. Und das regelt dann die Kommission in einem Durchführungsrechtsakt allein.
- Tröstlich: Wettbewerbsverzerrungen sollen aber ausgeschlossen sein.

Fünftens: Gefahr im Verzug

Es ist wohl kein Alarmismus, wenn ich feststelle, dass Gefahr im Verzug ist für öffentliche Unternehmen. Jedenfalls dann, wenn die Umsetzung dieser Richtlinie nicht besonders sorgfältig erfolgt.

Es besteht absolut die Gefahr des Rosinenpickens, wenn öffentliche Unternehmen zur Herausgabe von Daten gegen Grenzkosten verpflichtet würden, private Dritte aber nicht.

Deshalb sind in der Umsetzung der PSI-Directive klare Regeln zum Erhalt gleicher Wettbewerbschancen von öffentlichen und privaten Unternehmen lebenswichtig.

Und überdies sollte man sich auch jenseits dieser engen Wettbewerbsbetrachtung fragen, ob es eigentlich richtig ist, dass in der Digitalisierung zwar ungeheure Gewinne erzielt (und dann nicht mal in den USA versteuert) werden, die Grundlage dieser Gewinne, die Daten, nicht einmal ansatzweise eine Eigentumseigenschaft zugunsten der Menschen besitzen, die sie als Rohstoff hervorbringen. Denn die Daten können nur dann erfasst werden, wenn die Menschen etwas tun oder lassen.

Und damit sollte zumindest das primäre Verfügungsrecht über die Daten den Menschen zugeordnet werden. Das Prinzip sollte gelten, dass die Daten den Kunden zugehören. Bei uns ist das so. Und sie werden nur zu dem Zweck erhoben, der im Fokus steht: kommunale Dienstleistungen in der Daseinsvorsorge. Kein Geschäft mit Weitergabe. Das schafft Vertrauen, das wir nicht verspielen wollen und sollten. Schon gar nicht ohne Not oder zum Rosinenpicken.

Wenn die Öffentlichkeit auf diese Weise privatisiert würde, dann erodiert sie. Soziale Infrastruktur schrumpft. Populismus wächst.

Das sollten wir verhindern.

Vielen Dank!